



2019 startete der Kreispräventionsrat die Kampagne „Respekt“, um dem Verlust von Respekt im täglichen Miteinander zu begegnen.

(Foto: Landkreis)

Wo Gewalt verhindert wird

Der Kreispräventionsrat setzt auf Vorbeugung

Von Mike-Oliver Klotz

Am 30. Mai 2005 konstituierte sich der Kreispräventionsrat im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Hintergrund ist das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, wonach die Gefahrenabwehr- und die Polizeibehörden im Rahmen der Gefahrenabwehr gemeinsame Arbeitsgruppen (Kriminalpräventionsräte) bilden sollen. Nach dem Willen des Gesetzgebers sind dabei auch Personen und Institutionen aus unterschiedlichen Bereichen und Aufgabenfeldern aufzunehmen, die zur Kriminalprävention beitragen können. So sind im Kreispräventionsrat des Landkreises neben dem Landrat, dem Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg und der Polizei unter anderem auch das Netzwerk gegen Gewalt, die Justizbehörden und die Staatsanwaltschaft, das Staatliche Schulamt, die Jugendkonflikthilfe (Juko), die Kirchen, die Universität, verschiedene Fachbereiche der Kreisverwaltung sowie die Kommunen Biedenkopf, Stadtallendorf, Gladen-

bach, Neustadt und Bad Endbach Mitglieder. Letztere beteiligen sich am hessischen Kompass-Programm, das die Sicherheit in den Städten und Gemeinden stärkt.

Ziele der Arbeit des Kreispräventionsrates sind die Steuerung und Entwicklung von Ansätzen zur Straftatenvorbeugung und -verhütung sowie die Bündelung und Vernetzung von Fachwissen zur Kriminalitätsbekämpfung. „Die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sagte der frühere Landrat Robert Fischbach anlässlich der Konstituierung.

Seitdem hat der Kreispräventionsrat zahlreiche Themen behandelt, die mitunter auch den Zeitgeist wiederspiegeln. So ging es im Jahr 2008 um das Thema Alkohol-Missbrauch durch Jugendliche. Grund war eine Verdopplung der unter Alkoholeinfluss aufgenommenen Minderjährigen im Krankenhaus. Alkoholkonsum steht in einem engen Zusammenhang mit Gewaltbereitschaft. Die damaligen jugendgefährdenden Geschäftspraktiken, die zu den Phänomenen „Flatrate“ -



Der hessische Verfassungsschutzpräsident Bernd Neumann referierte über die zunehmende Gefahr politisch motivierter Kriminalität.

(Foto: Landkreis)

Partys und „Koma-Saufen“ führten, sind heutzutage nicht mehr erkennbar.

Andere Themen sind leider wahre Dauerbrenner. Im Jahr 2007 ging es erstmals um neue Formen von Gewalt und Gewaltandrohung an Schulen. Es musste schon damals konstatiert werden, dass sich die Qualität der Gewalt verändert hat. Seitdem geben die Formen der Aggressionen, ein sinkendes Alter der Täter und ein steigender Anteil weiblicher Täterinnen bisweilen Anlass zur Sorge. Präventiv wurden damals Ganztagschulen für dringend erforderlich gehalten, um eine umfassende Betreuung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. Als ebenso wichtig wurde der richtige Umgang mit Medien angesehen, deren Konsum schon damals stetig stieg und vor allem Jugendliche in mediale Parallelwelten abtauchen ließ.

2008 empfahl der Kreispräventionsrat den Beitritt zur Kampagne „Gewalt – sehen – helfen“. Hierbei handelt es sich um ein Programm zur Stärkung der Zivilcourage. Angeboten werden Seminare, in denen die Teilnehmenden lernen können, wie sie sich in Konfliktsituationen richtig verhalten; zum einen sich selbst zu schützen und Konflikte zu vermeiden, zum anderen den Opfern zu helfen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Bei Interesse

können Seminaranfragen jederzeit an GSHA@marburg-biedenkopf.de gerichtet werden.

Gefahren für Kinder im Internet war eines der Themen aus dem Jahr 2010. Diskutiert wurde unter anderem sexualisierte Gewalt im Netz, Handymissbrauch und Pornografie im Internet. Vorgestellt wurde ein Projekt, bei dem es neben Elternabenden auch um Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zu diesem Komplex ging. Beim Hessentag in Stadtallendorf beteiligte sich der Kreispräventionsrat mit eigenen Beiträgen am Bühnenprogramm der örtlichen Präventionsgruppe „gewaltfrei leben“. Zudem wurde ein eigens entwickelter Fragebogen ausgegeben. Wer ihn ausfüllte, konnte bei einer Verlosung als Hauptpreis zwei Eintrittskarten für ein Heimspiel von Eintracht Frankfurt gewinnen. Dadurch konnten viele Teilnehmende zur Mitwirkung animiert werden.

2011 standen Gewaltphänomene bei Jugendlichen im Zusammenhang mit Gewaltdarstellungen in Filmen und Computerspielen auf der Agenda. Die mediale Darstellung von Gewalt und der Gebrauch gewaltverherrlichender Computerspiele begünstigt die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche als Gewalttäter straffällig werden – so die Erkenntnisse der Wissenschaft.

Ebenfalls 2011 wurde über die Zunahme von Kriminellen und Trickbetrügern diskutiert, die sich als Zielgruppe die wachsende Zahl der Seniorinnen und Senioren ausgesucht haben. Hier hilft vor allem aufklärende Kommunikation, bei der Themen wie Haustürgeschäfte, Umgang mit Kreditkarten und Geldautomaten sowie Gefahren beim Online-Banking aufgezeigt werden.

2012 beschäftigte sich der Kreispräventionsrat mit dem Thema Rechtsextremismus. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass es zwar keine verfestigte rechtsextremistische Szene im Landkreis gibt, wohl aber Einzelpersonen dieses Spektrums bekannt sind. Einigkeit bestand darin, dass rechtsextreme Tendenzen in jedem Fall präventiv bekämpft werden müssen. Hier leistet das Landes-

programm Ikarus als staatliches Aussteigerprogramm für Rechtsextremismus in Hessen gute Dienste.

Als Meilenstein des Kreispräventionsrates kann der 2013 ausgerichtete ZAP-Aktions- tag auf dem Marburger Elisabeth-Bloch- mann-Platz bezeichnet werden. ZAP steht für „zusammen, aktiv, präventiv“. Das Motto der Veranstaltung war: ein Zeichen setzen gegen Sucht und Gewalt. Gemeinsam mit anderen Institutionen wurden Infostände, Mitmachaktionen und Rollenspiele organisiert.

Gewaltsame Auseinandersetzungen im öffentlichen Personennahverkehr standen 2018 im Fokus. Der Kreispräventionsrat empfahl hier vor allem Schulungen für Busfahrerinnen und Busfahrer. Welche Gefahren von Shisha-Bars ausgehen, wurde ebenfalls besprochen, schließlich kommen in Wasserpfeifenrauch größere Mengen Nikotin und Kohlenmonoxid vor, als in Zigarettenrauch.

2019 griff die Geschäftsstelle des Kreispräventionsrates das Thema „Respekt“ auf. Der Landkreis schloss sich dabei der Kampagne an, die in Frankfurt gestartet wurde. Ziel ist es, dem Verlust von Respekt im alltäglichen Miteinander zu begegnen. „Ohne gegenseitigen Respekt ist das Zusammenleben nicht möglich und auch nicht besonders lebenswert, sagte die damalige Landrätin Kirsten Fründt bei der Vorstellung der Plakatmotive.

2023 stand das Thema Waffenverbotszonen und Messergewalt auf der Tagesordnung. Hier sorgte die Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden für eine wissenschaftliche Einordnung. Insbesondere zwischen der tatsächlich stattgefundenen Messergewalt und der öffentlichen Wahrnehmung der Thematik muss unterschieden werden. Im öffentlichen Raum ist lediglich ein geringer Anteil von „Zufalls-Opfern“ zu verzeichnen, während der weitaus größere Anteil auf Taten im familiären und sozialen Kontext entfällt. Zu verzeichnen ist eine statistische Häufung bei Täterinnen und Tätern mit psychischen Erkrankungen, Schuldunfähigkeit oder mit Alkohol- und Drogenproblemen.



Projekt: ZAP – zusammen – aktiv – präventiv

2024 stellte das Polizeipräsidium Mittelhessen den Arbeitsbereich Prävention politisch motivierter Kriminalität vor, der im Landkreis eher heterogen strukturiert ist. Dabei zeigte sich, dass solche Straftaten häufiger zur Anzeige gebracht werden, wenn die Themen medial präsent sind. Bei einer Sitzung mit dem Präsidenten des Verfassungsschutzes Hessen, Bernd Neumann, mahnte dieser, dass die Gefahr durch extremistische Aktivitäten zunehme, gerade auch mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Um extremistischen Strömungen entgegenzutreten, sei es wichtig, die Demokratie weiter zu stärken, betonte Landrat Jens Womelsdorf. Und so ist es mit Blick auf die letzte Änderung des hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom Dezember 2024 naheliegend, dass der Kriminalprävention, der Demokratieförderung, der Extremismus-Prävention und der Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung besondere Bedeutung im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung der Gefahrenabwehr- und der Polizeibehörden zukommt. Schließlich hat die starke Zunahme von rechtsextremistisch oder islamistisch motivierten (Gewalt-)Straftaten in den letzten Jahren deutlich gemacht, wie wichtig es ist, solchen Entwicklungen durch eine starke und umfassende Präventionsarbeit vorzubeugen, so der Gesetzgeber in seiner Begründung zu der vorgenommenen Ergänzung. Dieser Aufgabe wird sich der Kreispräventionsrat des Landkreises auch künftig stellen.